

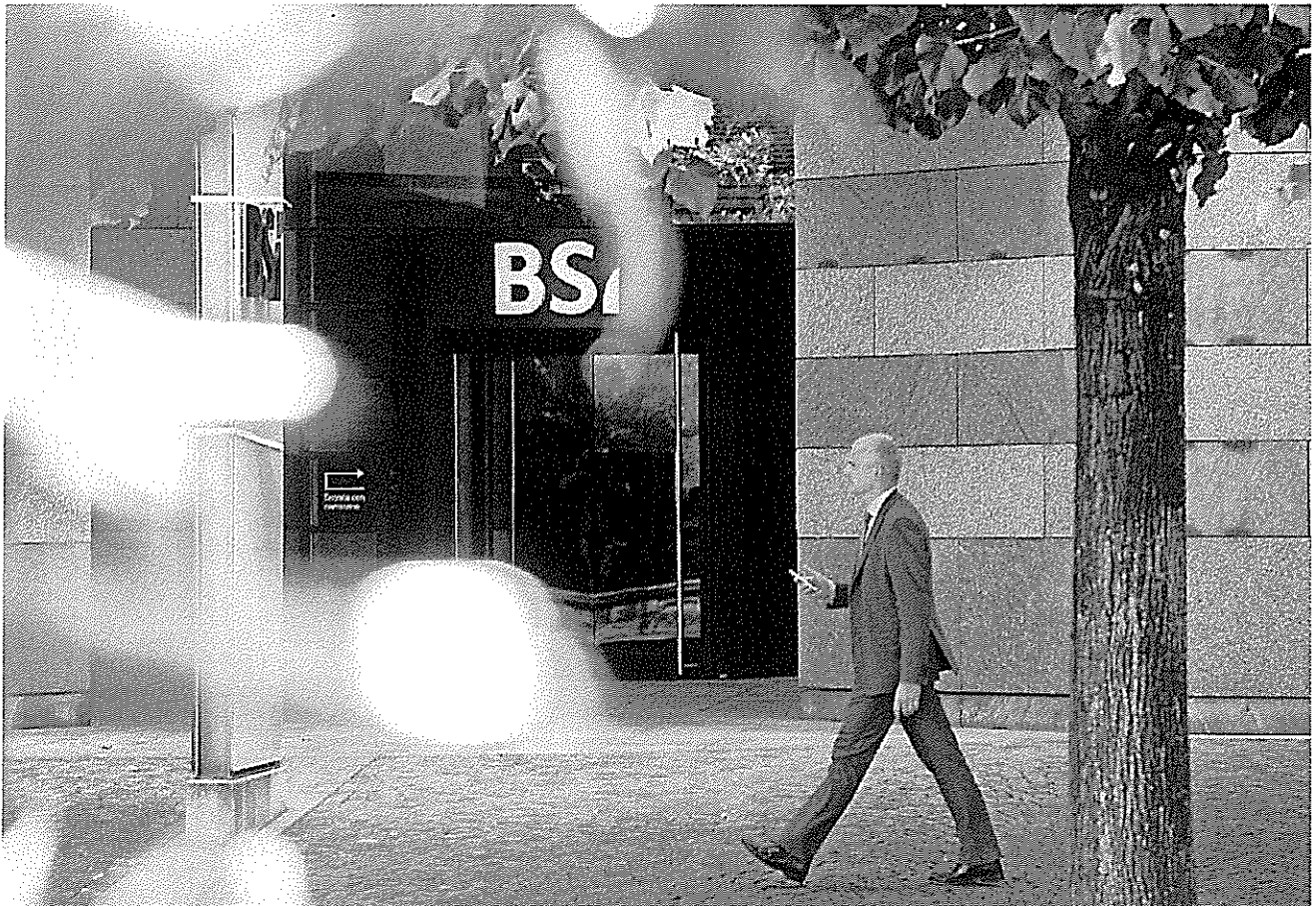
Tages-Anzeiger  
8021 Zürich  
044/ 248 44 11  
www.tagesanzeiger.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 172'920  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

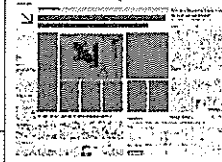
Themen-Nr.: 272.003  
Abo-Nr.: 272003  
Seite: 8  
Fläche: 86'949 mm<sup>2</sup>

## Steuerstreit mit den USA US-Justiz verzichtet auf ganz harte Strafen

Am Steuerbetrug von US-Kunden waren Dutzende Regionalbanken und Sparkassen beteiligt. Sie handelten fahrlässig, geldgierig und oft unüberlegt. Die Bussen gegen sie sind aber geringer als erwartet.



Zu Spitzenzeiten beschäftigte die Privatbank 265 US-Sonderberater: Hauptsitz der BSI in Lugano. Foto: Gabriele Putzu (Ti-Press, Keystone)



Tages-Anzeiger  
8021 Zürich  
044/ 248 44 11  
www.tagesanzeiger.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 172'920  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 272.003  
Abo-Nr.: 272003  
Seite: 8  
Fläche: 86'949 mm<sup>2</sup>

## Walter Niederberger San Francisco

Nach Halbzeit des US-Steuerprogramms steht fest: Die Beihilfe zum Steuerbetrug war überwiegend Sache der beiden Grossbanken, international tätiger Privatbanken sowie der Zürcher und Basler Kantonalbank. Daneben aber mischten überraschend viele kleine und regionale Finanzinstitute mit, indem sie Konten von Banken übernahmen, gegen die strafrechtlich ermittelt wurde. Hier hätten die USA drakonisch hohe Strafen verhängen können. Doch bisher fielen sie weit tiefer aus als befürchtet und liegen oft unter dem, was die Banken für die interne Abklärung der fragwürdigen US-Geschäfte ausgegeben haben.

Immer klarer wird auch, dass die Schweizer Finanzmarktaufsicht (Finma) auf die Ankündigung des US-Steuerprogramms überhastet reagierte hat und eine schlechte Ratgeberin war. Finma-Chef Patrick Raaflaub hatte im November 2013 erklärt, nur jene Banken handelten verantwortungsvoll, die sich selber anzeigten und sich somit der Kategorie 2 des Programms zuordneten. Es meldeten sich über 100 Banken an, von denen schliesslich etwa 80 einen Vergleich mit den USA suchten. Gut die Hälfte hat nun eine Einigung erzielt.

Jede dritte Bank hätte diesen aufwendigen Weg nicht gehen müssen, schätzen Insider. «Viele mittlere und kleinere Banken haben sich keiner Beihilfe zum Betrug schuldig gemacht und hätten nicht in die Kategorie 2 gehört», sagt etwa Alfred Mettler, Professor für Finanzfragen an der Georgia State University in Atlanta und Lehrbeauftragter am Swiss Finance Institute. «Die Warnung der Finma war absolut unnötig und entscheidend dafür, dass sich zu viele Banken schuldig bekannten», sagt er. «Sie taten es nur, um sich nicht mit der Aufsichtsbehörde anzulegen.»

Das Offenlegungsprogramm begann im Frühjahr mit einem Paukenschlag. BSI, die älteste Tessiner Bank, gab zu, ähnlich wie UBS und Credit Suisse ein umfangreiches Geschäft mit US-Steuerflüchtigen betrieben zu haben. Sie hatte

die Identität von Kunden verschleiert, ihnen anonymisierte Kreditkarten übergeben und geholfen, Gelder in Off-Shore-Gesellschaften zu verschieben. In den besten Zeiten beschäftigte die Bank 265 US-Sonderberater, die mehr als 3500 Schwarzkonten mit Vermögen von 2,78 Milliarden Dollar verwalteten.

Theoretisch hätten die USA diese Geschäfte mit einer Busse in der Höhe von mindestens 20 Prozent des verwalteten Vermögens bestrafen können - also mit über einer halben Milliarde Dollar. Mit 211 Millionen Dollar fiel die Strafe aber weitaus geringer aus. Ein Anwalt, der Dutzende von BSI-Kunden betreute, erklärt die Milde damit, dass die Bank «sehr proaktiv» gehandelt habe. «BSI hat die US-Kunden dazu gebracht, sich selber bei der Steuerbehörde IRS anzuzeigen. Dies hat den Zugriff auf versteckte Gelder ermöglicht und weitere illegale Konten aufgedeckt - was immer das Hauptanliegen der USA war.»

## Kecke Naivität im Oberland

BSI gehört zu einer Handvoll Banken in der Kategorie 2, die gezielt auf US-Kunden zugeschnittene Dienstleistungen erbracht und somit - willentlich oder nicht - Beihilfe zum Betrug geleistet haben. Dabei mischten sich oft plumpe Geldgier mit Sorglosigkeit und erstaunlicher Naivität. Als besonders keck bezeichnen Anwälte das Vorgehen der Saanen Bank im Berner Oberland. Der damalige Chef des Privatbanking reiste noch 2010 und 2011 - drei Jahre nach dem UBS-Skandal - zum Tennisturnier in Flushing Meadows, um US-Kunden zu treffen.

Zuvor waren aktiv Konten von Banken übernommen worden, die aus dem US-Geschäft ausstiegen. Die Zahl der US-Kunden wurde verdoppelt. Schliesslich betreute die Regionalbank 110 US-Kunden mit 62 Millionen Dollar. Das Risiko war gross, sagten Anwälte, der Ertrag minimal. Die Bank kam mit 1,36 Millionen Busse gut weg.

Das Beispiel zeigt, dass Banken in Tourismusgebieten stärker im Geschäft mit US-Kunden engagiert waren. «Bei uns sind Feriengäste mit einigen Tausend Dollar vorbeigekommen und ha-

ben schnell ein Konto eröffnet», sagt der Filialchef einer Innerschweizer Kantonalbank. «In solchen Fällen habe wir Konten ohne grössere Abklärungen eröffnet. Das war rundum gängige Praxis.» Die Bank hat sich inzwischen mit den USA geeinigt und ist daran, Konten von Ausländern - nicht nur Amerikanern - zu schliessen.

Die grössten Bussen müssen Banken entrichten, die eigene US-Desks unterhalten und US-Kunden noch übernommen haben, als die USA bereits strafrechtlich ermittelte. Dazu gehören die Migros-Bank, La Roche und die Schroder-Bank in Genf. Die Migros-Bank versuchte, alle US-Kunden zur Selbstanzeige zu bewegen. Ein Grosskunde wehrte sich dem Vernehmen nach vehement, worauf die Bank die Maximalstrafe auf dessen Vermögen auf die eigene Kappe nahm. Die Busse stieg massiv, sagen Insider, dafür hatte die Bank endlich Ruhe. Zusammen mit der Postfinance war die Migros-Bank immerhin auch um die Regelung von Krisenfällen bemüht. «Beide Banken nahmen viele Doppelbürger auf und wollten ihnen elementare Bankdienstleistungen anbieten», sagt Martin Naville, Direktor der

Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer.

## Die letzten grossen Skandalfälle

Stichtag für das Steuerprogramm ist der 1. August 2008. Auf allen zu diesem Zeitpunkt nicht deklarierten Konten können die USA eine Busse von 20 Prozent des hinterzogenen Vermögens verlangen. Vor allem für kleinere Banken liegen die Bussen aber nur bei 1 bis 2 Prozent. Die Banca Interbanciare di Investimenti e Gestione in Lugano kam bisher als einzige ohne Busse davon, nachdem sie 13 von 16 US-Konten geschlossen und die anderen offengelegt hatte. «Das Justizministerium hat anerkannt, dass die Banken ausserordentliche Anstrengungen unternommen haben, um das Steuerproblem zu lösen», fasst ein US-Steueranwalt die Situation zusammen.

Noch immer auf eine Lösung hofft die Mehrheit der Kategorie-1-Banken. Zuvorderst sind dies die Bank Bär sowie die Zürcher und Basler Kantonalbank.



Tages-Anzeiger  
8021 Zürich  
044/ 248 44 11  
www.tagesanzeiger.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 172'920  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 272.003  
Abo-Nr.: 272003  
Seite: 8  
Fläche: 86'949 mm<sup>2</sup>

## Strafen für Beihilfe zum Steuerbetrug

Banken	Betroffene Banken	Geföste Fälle	Bussen in Mrd. Dollar
Kategorie 1 <sup>1)</sup>	17	7	3,87
Kategorie 2 <sup>2)</sup>	80	41	0,35
Kategorie 3	14	0	
Kategorie 4	8	0	
<b>Total</b>	<b>119</b>	<b>48</b>	<b>4,22</b>

<sup>1)</sup> Schliesst die Fälle UBS und Wegelin sowie Filialen von Auslandbanken ein.

<sup>2)</sup> Das US-Justizministerium ging von 106 Banken aus, doch erwartet nur von 80 Banken, dass sie einen Vergleich abschliessen müssen.

### Kategorie 2

höchste Strafzahlungen 2015 in Mio. Dollar

<b>BSI</b>	März	211,0	
<b>Société Générale</b>	Juni	17,8	
<b>Bank Rothschild</b>	Juni	11,5	
<b>Schroder Bank</b>	Sept.	10,0	
<b>St. Galler KB</b>	Sept.	9,5	
<b>La Roche</b>	Sept.	9,3	
<b>Banque Pasche</b>	Juli	7,2	
<b>PKB Privatbank</b>	Juli	6,3	
<b>Finter Bank</b>	Mai	5,4	
<b>Berner KB</b>	Juni	4,6	

tiefste Strafzahlungen in Tausend Dollar

<b>MediBank Zug</b>	Mai	826	
<b>Hypothekarbank Lenzburg</b>	Aug.	560	
<b>EKI Interlaken</b>	Aug.	400	
<b>Credito Priv. Commerciale</b>	Juli	349	
<b>Finacor</b>	Okt.	295	
<b>Bank von Graffenried</b>	Juli	287	
<b>Privatbank Bellerive</b>	Juli	57	
<b>LBBW</b>	Mai	34	
<b>Scobag Privatbank</b>	Mai	9	
<b>BIM Suisse</b>	Aug.	0	

TA-Grafik mt/Quelle: SDA, TA

Im Fall Bär sind die Verhandlungen nach Angaben gut informierter Anwälte seit Monaten abgeschlossen. Sie gehen von rund 500 Millionen Dollar Busse aus, allerdings ohne Schuldgeständnis.

Warum also kein Abschluss des Vergleichs? Die USA hätten allen Grund, noch etwas zu warten, sagen Anwälte. Die Justiz wolle zunächst noch die Leaver-Listen der Banken der Kategorie 2 begutachten - also sehen, welche Banken die Kunden anderer Banken zu sich geholt haben. Die Aussagen der straffällig

gewordenen Banken sollen damit abgeglichen werden, bevor die abschliessende Einigung unterschrieben wird. «Man glaubte wohl zunächst, weitere Banken mit Strafanzeigen belegen zu können», erklärt Naville. «Es herrschte eine Cowboy-Mentalität. Doch seit Anfang Jahr sind im Justizministerium wieder die Erwachsenen am Steuer.» Deshalb dürften die letzten grossen Skandalfälle nächstes Jahr gelöst und das Kapitel USA für die Banken abgeschlossen sein.